

„Moderne Diabetestherapie auf dem Abstellgleis“



In Deutschland leiden über sieben Millionen Menschen an Diabetes, einer Stoffwechselerkrankung, die hauptsächlich durch einen erhöhten Blutzuckerspiegel gekennzeichnet ist. Ähnlich wie in den Vereinigten Staaten, wo Diabetes sich schon gewissermaßen zu einer Pandemie entwickelt hat, ist auch hier zu Lande künftig mit einer Zunahme an Betroffenen zu rechnen.

Aus diesem Anlass wurde vergangenen Mittwoch im Stuttgarter SSB Waldaupark unter dem Motto „Moderne Diabetestherapie auf dem Abstellgleis?“ eine Patientenkonferenz abgehalten, zu welcher nicht nur Betroffene selbst geladen waren, sondern auch Experten aus Medizin und Politik. Ziel war es, über die neusten Entwicklungen hinsichtlich der Volkskrankheit zu diskutieren und Lösungsansätze für eine optimale medizinische Versorgung zu finden.



Im Zuge der Podiumsdiskussion, durch die SWR-Moderator Holger Wienpahl führte, wiesen die Landesvorsitzende des Deutschen Diabetiker Bundes (DDB) Baden-Württemberg Gabriele Buchholz und der Diabetologe Richard Daikeler darauf hin, dass sich in der Forschung mittlerweile viel getan hätte. Nicht nur die Lebensqualität der Diabetiker könne mittlerweile erheblich verbessert werden, sondern auch das Risiko von Folgeerkrankungen ließe sich, dank moderner Therapieansätze, besser als je zuvor minimieren. Während Betroffene noch vor einigen Jahren gewöhnlich alle drei bis vier Stunden Insulin zuführen mussten, um dann aber noch lange auf das Einsetzen der Wirkung zu warten, würden moderne Insuline oft über 24 Stunden hinweg ihre Wirksamkeit entwickeln und gleichzeitig auch geringere Nebenwirkungen mit sich bringen. Diese Fortschritte würden aber leider vom Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) nicht anerkannt. Letzteres befand nämlich in der Vergangenheit, dass die neuen Insuline nicht unbedingt besser seien, als die alten – was allerdings der Erfahrung vieler Patienten und Diabetologen widerspreche. Dr. Daikeler warf deshalb den politischen Entscheidungsträgern vor, sich in erster Linie nur auf die Minimierung der Kosten zu konzentrieren und die individuellen Lebensumstände der Patienten außer Acht zu lassen. Auch der Umstand,

dass jedem Arzt ein „individueller Entscheidungsspielraum“ zustünde, würde von den tendenziell verallgemeinernden Rechtsbeschlüssen der Politik nicht beachtet.

Der ehemalige Gesundheitsausschuss-Vorsitzende im Bundestag Klaus Kirschner (SPD) konnte aber derlei Vorwürfe nicht stehen lassen und wies deshalb darauf hin, dass das Geld zur Finanzierung des Gesundheitswesens nun mal „endlich“ sei und die Politik sich deshalb auf bestimmte Instrumente beziehen müsste, um zu entscheiden, wie die vorhandenen Mittel am effizientesten zum Wohle der Allgemeinheit eingesetzt werden können. Dabei sei vor allem an die Entlastung der Versicherten zu denken, die inzwischen erhebliche Kosten stemmen müssten. Auch die geplante Erhöhung des Krankenkassenbeitrages auf 15,5 % genüge wahrscheinlich nicht, um die erwarteten Ausgaben des Gesundheitswesens zu decken.

So genannte DMPs, also Disease Management Programme, welche dazu dienen, den Patienten bei der Bewältigung Ihrer Erkrankung zu helfen, würden Teilnehmer gezielt finanziell entlasten und sollten daher unbedingt weiterhin durchgeführt werden.



Dass in der Tat große Ängste vor allem auf Seiten der Betroffenen bestehen, wurde anhand der regen Wortbeteiligung der Besucher deutlich.

Vorherrschend war die Sorge, nicht die optimale medizinische Versorgung zu erhalten. Aber genau über diese Frage herrschte auf dem Podium chronische Uneinigkeit. Doch konnten sich alle Teilnehmer der Diskussion darauf einigen, dass Diabetes eine verhaltensabhängige Erkrankung sei: Würden Betroffene sich dazu durchringen, „lieb gewonnene Gewohnheiten“ aufzugeben und ihr Leben konsequent krankheitsgerecht zu gestalten, wäre die Situation sicher nicht so prekär. Dieser Meinung war auch DDB-Vorsitzende Gabriele Buchholz, die darauf hinwies, dass lediglich 15 % aller Diabetiker bereit sind, ihr Leben umzustellen. In dieser Angelegenheit ist sicher jeder einzelne selbst gefragt.